

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 12 + 32. Jahrgang **Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3** Berlin, 21. März 1931

Die Lohnverhandlungen vor den Tarifämtern

Im Gegensatz zu ihren früheren Bestrebungen haben die am Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten beteiligten Unternehmerorganisationen in diesem Jahr stärkstens auf eine Lohnregelung in den engeren Bezirken gedrängt. Das sah für den Außenstehenden nach einer besonderen Verantwortungsfreudigkeit der bezirklichen Vertragsträger aus. Um aber auch diesen Anschein rechtzeitig zu beseitigen, erklärten die Unternehmervertreter, daß man die Form der bisherigen Regelung im Bezirkstarifamt nicht beibehalten wolle. In den letzten Jahren konnten die in den bezirklichen Tarifämtern zustandekommenen Schiedsprüche immerhin als ein gewisser Lohnwille der Vertragsparteien betrachtet werden. Die Unparteiischen waren durch mehrjährige Tradition mit den Bedürfnissen beider Seiten ziemlich vertraut. Insbesondere konnte sich der unparteiische Vorsitzende, der für die ganze Tarifdauer die rechtlichen Streitigkeiten zu entscheiden hatte, eine eingehende Uebersicht über die beruflichen Besonderheiten und Bedürfnisse erwerben. Die bezirklichen Tarifämter waren also im großen und ganzen durchaus sachverständig. So wenig wie die Unternehmer die Verhandlungen zum Reichstarifvertrag mit Sachverstand belasten wollten, so wenig sollte dieser auch in den bezirklichen Tarifämtern bei der Lohnbildung zu seinem Recht kommen. Ihr Wollen ging ursprünglich auf eine sofortige Inanspruchnahme der staatlichen Schlichtungsorgane hinaus. Schließlich bequeme man sich doch zu einer Regelung, die den unparteiischen Vorsitzenden — unbekümmert um den seither tätigen Vorsitzenden — einer Einigung unter den Parteien unterstellte und bei Nichteinigung die Ernennung durch das Reichsarbeitsministerium vorsah. Die unparteiischen Beisitzer sollen von den Parteien bestellt werden. Ueber den unparteiischen Vorsitzenden ist es in den allerwenigsten Gebieten zu einer Einigung gekommen. Das lag auch nicht in der Absicht der Unternehmer, weil sie auf dem Wege über das Reichsarbeitsministerium ihre ursprüngliche Absicht auf den amtlichen Schlichter zu erreichen hofften. Als Beweggründe für ihre unlogische Handlungsweise nannten sie die starke Abhängigkeit des Baugewerbes vom öffentlichen Geldgeber, sodann die vermeintliche Ueberbesetzung des Bauarbeiterlohnes, insbesondere gegenüber anderen Berufen, für dessen wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit sie eigentlich die besten Kronzeugen sein müßten. Wenn die Behörde schon so vieles andere regelt, könne man ihr auch eine gewisse Verantwortung hinsichtlich der Lohnregelung zuschieben. Solche Argumente sind zwar das Gegenteil von Tapferkeit und mit dem ehemaligen Männerstolz der Handwerksmeister und der Verantwortungstrende der klassischen Baumeister nicht in Zusammenhang zu bringen. Die wirkliche taktische Unternehmerabsicht war die, durch viele uneinheitliche Schiedsprüche — es bestehen 28 Lohngebiete — eine große Lohnverwirrung zu erreichen und dann auf Grund des schlechtesten Schiedspruches eine Reduzierung der anderen Sprüche an der zentralen Schiedsstelle zu versuchen.

Es seien auch uns einige andere Schlussfolgerungen im Anhang an die Rechtfertigungsversuche der Arbeitgeber gestattet. Wenn die Behörden bei der Lohnregelung mitbestimmen sollen, dann müssen sie zunächst den Beweis erbringen, daß sie beim Kreisabbau Besseres leisten können als das, was aus ihren Verprechungen vom Herbst vorigen Jahres bis jetzt herausgekommen ist. Wenn Gerechtigkeit der oberste Maßstab bei allen behördlichen Entscheidungen sein soll, dann kann die Lohnregelung für das Baugewerbe nicht ohne Zusammenhang mit der sittlichen Wertung der Einkommensfrage bei der Gehaltsregelung der Beamten gemacht werden. Hätten wir Bauarbeiter Beamteneinkommen, dann würden wir uns freiwillig bereiterklären, der Not der Allgemeinheit ein kräftiges Opfer zu bringen. Wir wollen zum Ausmaß des Gehaltsabbaues bei den Beamten keine Stellung nehmen. Eines ist aber beim Gehaltsabbau selbst von seinen größten Besät-

wortern für richtig befunden, das nämlich, daß für alle Gehälter unter 1500 RM. keine Abminderung erfolgt. Sind die nach behördlichen Schlichtern schreienden Unternehmer für unsere Lohnregelung mit der gleichen Schlussfolgerung einverstanden? Sind sie bereit, mit uns zusammen für eine bessere Existenzsicherung der Bauarbeiter bei Arbeitslosigkeit alle gangbaren Wege zu gehen? Wir kennen die für die Lohngestaltung zu benennenden Amtspersonen noch nicht alle. Wir wollen zunächst vor allem den besten Willen annehmen. Aber auch sie mögen daran denken, daß sie neben den übertrieben aufgebauchten wirtschaftlichen Darlegungen der Unternehmer, die an sich schon durch unsere Darlegungen im Verbandsorgan und unsere unwiderlegten Beispiele an Bauobjekten beleuchtet sind, die sozialen Notwendigkeiten nicht aus dem Auge lassen dürfen. Durch Unterernährung unterernährter Bauarbeiter, durch Unterernährung berechtigter unzufriedener Menschen, durch eine neue Armee von „Wohlfahrtsarbeitern“ bei Privatunternehmen werden weder im Arbeitsprozeß noch im Umschlag der Konsumgüter neue Aufbaufaktoren gewonnen. Wir werden uns die Schiedsprüche der Unparteiischen sehr genau ansehen und werden ihnen unerbittlich jede Unlogik vor Augen führen. Mag diese Unlogik nun in einer anderen Behandlung wie bei den Staatsdienern, bei andern Arbeiterberufen, gegenüber andern Gesellschaftsschichten und schließlich auch gegenüber dem Einkommen dieser Herren als Personen festzustellen sein. Wir sind nicht gewillt, ein Blatt vor den Mund zu nehmen und unser Recht hinter vermeint-

Mannesmut ist nicht zu brechen,
Weiber zagen, Kinder schmollen;
Zwing' die Welt nach deinem Willen
Oder zwing' dein eignes Wollen.
F. K. Weber, Dreifachladen.

liche Staats- und Wirtschaftsnotwendigkeiten zurückzustellen. Wir haben durchaus Verständnis für eine unterschiedliche Bewertung einfacher Arbeit und einer Tätigkeit mit weitreichender Verantwortung. Trotzdem muß es die Arbeiterklasse als blutigen Hohn empfinden, wenn ihr dauernd die Untragbarkeit ihrer bescheidenen Löhne vorgeworfen wird, und auf der andern Seite gegen unverhältnismäßig riesengehälter in Industrie sowie halb- und ganzstaatlichen Unternehmungen nichts Strafes unternommen wird. Daß die Moral der Unternehmer auf diesem Gebiete mehr wie einseitig ist, wollen wir bei ihrer ganzen sittlichen Auffassung hinsichtlich der Verteilung des Arbeitsertrages nicht mehr eigens hervorheben. Generaldirektoren in der Industrie beziehen Gehälter zwischen 200 000 und 500 000 RM. im Jahre, Direktoren tun es nicht unter 50—200 000 RM. Der Generaldirektor der Reichsbahn erhält 122 000 Reichsmark, dazu freie Wohnung. Sein händiger Stellvertreter erhält 75 000 RM., die sieben Vorstandsmitglieder 45—60 000 RM., die Abteilungsleiter 26 000 RM., die Präsidenten der Reichsbahndirektionen zwischen 24 und 29 000 RM. usw. Der Reichsbankpräsident erhält 200 000 RM., sein Stellvertreter 133 000 RM. Alle diese Einkommen müssen doch letzten Endes erarbeitet werden und gehen den übrigen Wirtschaftstätigen in irgendeiner Form ab. Wenn auch der Wegfall oder die Kürzung eines solchen hohen Einzelseinkommens dem Arbeiter unten praktisch keine Lohnverbesserung bringt, so würde doch eine vertretbare Zurücksetzung auf einen zeitgemäßen Einkommensstand gewaltige Beträge erbringen, die zur Lohnregelung für die arbeitenden Schichten als Gesamtheit frei würden. Daß solche Riesengehälter auch noch eine aufreizende Wirkung haben, und auch beim reparationsläufigeren Ausland bestimmte Schlussfolgerungen auslösen, dafür besteht in diesen Kreisen bis jetzt kein Verständnis. Wir befinden uns jetzt in einer der ernstesten

Notzeiten, die das deutsche Volk und im besonderen die deutsche Bauarbeiterklasse durchzumachen hat. Die staatlichen Schlichtungsstellen, einschließlich des Reichsarbeitsministeriums, mögen sich bewußt werden, ob ihre letztgültigen Entscheidungen nicht als Geklerhüte empfunden werden müssen. Der Geklerhut ist nur gegrüßt bis zu einem gewissen Moment, dann ist über Gekler und seinen Hut der Lebenswille des Volkes hinweggeschritten!

Eine Einigung auf die Person des unparteiischen Vorsitzenden seitens der Parteien ist erfolgt in Hessen und Hessen-Nassau auf den amtlichen Schlichter, Herrn Gewerberat Schilling, im Tarifgebiet Brandenburg auf den bisherigen Tarifamtsvorsitzenden, Herrn Amtsgerichtsrat Spornik, im Rheinland auf den amtlichen Schlichter, Herrn Dr. Jötten, in Ost-Thüringen auf den bisherigen Tarifamtsvorsitzenden, Herrn Gewerberat Dr. Hülsen, in den drei niederschlesischen Tarifgebieten auf den Amtsgerichtsrat beim Arbeitsgericht Breslau, Herrn Dr. Gröhe, für die Tarifgebiete Baden und Vorderpfalz auf den Landeschlichter für Südwestdeutschland, Herrn Dr. Kimmich. Für die andern Gebiete sind als amtliche Schlichter ernannt worden: für Groß-Berlin, Grenzmark, Pommern und Mecklenburg Herr Regierungsrat Tincanzer, für Freistaat Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt Herr Regierungsrat Dr. Wiesel-Weimar vom Thüringischen Wirtschaftsministerium, für Oberschlesien Herr Oberregierungsrat Prof. Kramer-Breslau, für das Vertragsgebiet Norden der Vorliegende des Schlichtungsausschusses Kiel, Herr Amtsgerichtsrat Meyer, für das Vertragsgebiet Unterweiser-Gmsgebiet, Nordwestdeutschland, Mittelaltkanal und Braunschweig Herr Amtsgerichtsrat Lichtenstein-Hannover, für das Vertragsgebiet Nahe (Kreuznach) Herr Regierungsrat Dr. Kollath, für die Pfalz Herr Oberregierungsrat Dr. Pöckerlein-Speyer, für Ostpreußen Herr Gewerberat Soergel-Königsberg, für Bayern der stellvertretende Landeschlichter Herr Böhm-Mürnberg, für Westdeutschland (Industriegebiet) der stellvertretende Landeschlichter Herr Klostermann-Dortmund. — Das Reichsarbeitsministerium hat aus uns nicht bekannten Gründen also eine Reihe von Lohngebieten einem Schlichter zugeteilt. Das bedeutet sachlich eine gewisse Vereinheitlichung wenigstens für diese Gebiete. Ob die Bezirzung des Baugewerbes durch praktische Ärzte (Schlichter) statt durch Spezialärzte (seitherige Tarifamtspräsidenten) zu volkswirtschaftlich tragbareren Ergebnissen führt, wird die Zukunft erweisen.

Zum Termin des 16. März sind die wenigsten Tarifämter, denen das Reichsarbeitsministerium den Kopf aufsetzen mußte, zu einer Stellungnahme gekommen. In Verhandlungsergebnissen vor den Tarifämtern sind bis Redaktionschluss eingelaufen:

Rheinland.
Verhandlungen am 12. März in Köln. Die Anträge der Parteien blieben ohne Mehrheit. Die Unparteiischen kamen zu keiner Uebereinstimmung. Ein Schiedspruch kam nicht zustande. Hilf, Berlin!

Schlesien.
Für die drei niederschlesischen Tarifgebiete Breslau, Grünberg und Görlitz wurde in Breslau vom 13. März, beginnend von früh 10 Uhr, bis Sonnabend früh 6 Uhr verhandelt. In der Frage der Ortsklasseneinteilung wurden einstimmig Schiedsprüche dahingehend gefällt, daß die seither 23 verschiedenen Löhne auf sieben unterschiedliche Lohnhöhen zusammengelegt werden. Ein Schiedspruch über den Lohn kam nicht zustande.

Brandenburg.
Unter dem Vorsitz von Herrn Amtsgerichtsrat Spornik, dem seitherigen Tarifamtsvorsitzenden, fand am 14. März in Berlin die Verhandlung vor dem Tarifamt statt. Mit den Stimmen der drei Unparteiischen kam ein Schiedspruch zustande, der in allen Lohnklassen und Lohngruppen einen Lohnabbau von 10 Prozent vorsieht, was in der Lohnklasse I zu 11 Pf. Verlust und in der Lohnklasse II zu 10 Pf. Verlust für die Spitzenlöhne führen würde. Der Schiedspruch wird arbeitserseits abgelehnt.

Verantwortlichkeit

Medienburg.
Das Tarifamt tagte am 14. März. Der Vorsitzende schlug einen Abbau von 10 Prozent vor, er fand von keiner Seite Zustimmung. Ein Schieds- spruch kam somit nicht zustande.

Frankfurt/Main.
Die Verhandlungen vor dem Tarifamt fanden hier am 12. März unter dem freigewählten Vorsitzenden, Gewerberat Schilling, statt. Die Unternehmer vertraten auch hier ihre unbegründeten Forderungen in ungemäßigter Form. Ein Näherkommen der Parteien war damit ausgeschlossen. Auch die Unparteilichen brachten es nicht zu einem gemeinsamen Vorschlag, worauf die Verhandlung abgebrochen und als gescheitert zu betrachten ist.

Kassel.
Die hier unter dem gleichen Vorsitzenden wie in Frankfurt stattgefundenen Tarifamtverhandlungen endeten mit dem gleichen negativen Ergebnis wie in Frankfurt.

Saargebiet.
Das Saargebiet untersteht nicht der deutschen Lohnregelung. Bereits im Winter d. J. versuchten die Unternehmer für einen sofortigen 12prozentigen Lohnabbau die Zustimmung der Gewerkschaften zu erreichen. Sie blieben ab. Die Parteien trafen sich am 10. März vor dem Schlichtungsausschuß Saarbrücken. Nach fünfständigen Auseinandersetzungen wurde folgender Schieds spruch gefällt: Die Löhne werden mit Wirkung ab 14. März 1931 um 5% Prozent gekürzt. Termin für Annahme oder Ablehnung wird auf den 17. März, abends 6 Uhr, bestimmt. — Das geforderte Lohnabbaurecht und auch die durch den Schieds spruch vorgegebene Lohn- führung ist sachlich ebenso zu verurteilen wie die Forderungen der Unternehmer im übrigen Deutschland. Gemessen an der Höhe der Abbauforderung der innerdeutschen Unternehmer besteht immerhin ein Unterschied, der die Verschrobenheit der „deutschen“ Unternehmerforderungen nur noch schärfer hervorhebt.

Weitere Lohnabbauanträge

Schlesien.
Für das Lohngebiet Breslau fordern die Unternehmer einen Lohnabbau von 24 bis 27 %, dazu Venderungen in der Ortsklasseneinteilung. Im Lohn- gebiet Görlitz wird ein Abbau von 26 bis 29 % ver- langt = 25 bis 35 Prozent. Auch hier sind Ortsklassen- herabsetzungen noch eigens beantragt. Auch im Grün- berger Gebiet wird ein Abbau von rund 30 Prozent ge- fordert. Das Lohngebiet Glas soll 26 bis 33 % Ab- bau erfahren.

Oberschlesien.
Am 4. März wurde in Gleiwitz ergebnislos ver- handelt. Die Unternehmer forderten für die obersten Lohnklassen 20 Prozent Abbau, für die anderen Lohnklassen das entsprechende Abbauverhältnis; ihre Forderung hin- sichtlich Einreihung der Orts in die Lohnklassen wollen sie erst vor dem Tarifamt bekanntgeben.

Braunschweig.
Die Unternehmer forderten den Abbau des Spitzen- lohnes von 129 % auf 96 % = rund 25 Prozent. Die am 9. März in Braunschweig stattgefundenen Verhand- lungen mußten entsprechend enden.

Weßfalen-Ost-Rippe.
Unsere Forderung lautete auf Beibehaltung des jetz- iger Lohnes bei vierzigständiger Arbeitswoche. Die Unternehmer forderten in der Spitzenortsklasse einen Ab- bau der Sacharbeiterlöhne von 130 % auf 95 %. Dazu sollen die Tiefbauarbeiterlöhne verschlechtert werden, eine Reihe von Orten sollen durch Einreihung in niedrigere Lohnklassen eine besondere Lohnherabsetzung erfahren. Die am 11. März in Herford stattgefundenen Verhand- lungen verliefen ergebnislos.

Kassel.
Die Forderung unsererseits war die gleiche wie in allen anderen Bezirken. Für die ungünstig gelegene Kaiserkrantlage am Peterslopp wurde ein Sonder- zahlung verlangt. Die Unternehmer forderten in Lohn- klasse I eine Lohnrücksetzung von 126 auf 100 %, in Lohnklasse II von 117 auf 90 %, in Lohnklasse III von 107 auf 80 %, in Lohnklasse IV von 96 auf 72 %, Tief- bauarbeiterlöhne entsprechend niedriger. Die in Kassel am 10. März stattgefundenen Verhandlungen verliefen wie das Hornberger Schicksal.

Frankfurt.
Das für den größten Teil der Provinz Hessen-Kassau früher einheitliche Lohngebiet ist vor einigen Jahren aus realitätsloser Konkurrenz der Unternehmer in mehrere Gebiete angegangen. Jetzt ist man sich weitgehend soweit einig das man in all diesen Ge- bieten ungefähr die gleichen Lohnabbauforderungen zwischen 25 und 30 Prozent stellt. Eine Einigung wurde in keinem Gebiete erzielt.

Nachgebiet.
Bei den am 5. März in Kreuznach stattgefundenen Verhandlungen forderten die Unternehmer einen Lohn- abbau in der Spitzenklasse von 29 %, eine neue Lohn- klasseneinteilung soll für eine Reihe von Orten noch wei- tere Verschlechterungen bringen.

Soll es in Deutschland denn nie möglich sein, daß sich auch einmal Arbeitnehmer und Arbeitgeber vom Standpunkt der Solidarität der gemeinsamen Arbeit aus zusammenlegen und sich über gemeinsame Maßnahmen unterhalten? Soll es in einem geistig und ethisch so hoch- stehenden Volk wie dem deutschen in seiner Schicksals- stunde, in seiner höchsten Not wirklich nicht möglich sein, zu einem solchen Gedankenaustausch zusammen- zukommen? Mit diesen Worten hat der Kanzler in seiner Kölner Rede wieder einmal an das Verantwortungsgefühl der an der Gestaltung des Wirtschafts- und Arbeitslebens beteiligten Kreise appelliert. Es ist kein Zufall, daß der Reichskanzler bei diesen Worten den rückhaltlosen Beifall der christlichen Arbeitnehmer- schaft gefunden hat. Die christlichen Gewerkschaften sind von jeher die eifrigsten Verfechter des Gedankens der Gemeinheitsarbeit gewesen, und sie sind diesem Gedanken auch in den letzten Monaten, wo von der Arbeiter- schaft schwere Opfer verlangt wurden, wo man sich des Ein- drucks nicht erwehren konnte, daß die Lage von den Unternehmern in allzu rigoroser Weise ausgenutzt wurde, niemals untreu geworden. Die christlichen Gewer- schaftler setzen sich nicht nur deshalb für solche Gemein- schaftsarbeit ein, weil dies ihrer durch die christliche Weltanschauung bestimmten Grundhaltung entspricht, son- dern auch deshalb, weil unsere Reichsverfassung diese Gemeinschaftsarbeit will und sie zur Grundlage der ganzen Gestaltung des Wirtschafts- und Arbeitslebens ge- macht hat. Wenn trotzdem von den Arbeitgebern oft be- hauptet wird, daß die „Christen schlimmer seien als die Koten“, so hat dieser Vorwurf einen tieferen Sinn. Er enthält im Grunde eigentlich eine ehrenvolle Anerken- nung der christlichen Gewerkschaftsarbeit. Jede unsoziale Haltung des Unternehmertums ist nämlich für den Ar- beitnehmer, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht, nur eine Bestätigung seiner marxistischen Theorien. Für die christlichen Gewerkschaften jedoch ist jede Anfein- derung eines unsozialen Geistes nicht nur ein bedauerlicher Zwischenfall, sondern ein Schlag gegen die innere Grundlage ihrer ganzen Arbeit. Die christliche Arbeit- nehmerschaft muß auf eine mit dem Gedanken der Ar- beitsgemeinschaft nicht vereinbare Haltung des Unter- nehmertums besonders empfindlich reagieren, weil derartige Vorwände für sie eine Unterhöhlung des Gemeinschaftsgeistes bedeuten, dessen Pflege gerade die christlichen Gewerkschaften von jeher in den Mittele- punkt ihrer Arbeit gestellt haben. Es ist daher auch verständlich, daß die christlichen Gewerkschaften nicht nur der Forderung des Kanzlers aus innerster Ueber- zeugung zugestimmt haben, sondern daß sie auch anderer-

seits sich mit aller Schärfe gegen solche Arbeitgeberkreise wenden, die es gerade heute für notwendig halten, ihre Abneigung gegen die Gewerkschaften bei jeder Gelegen- heit zum Ausdruck zu bringen. Was soll man dazu sagen, wenn die Bergwerkszeitung (Nr. 24 vom 29. 1. 1931) schreibt: „Die Gewerkschaften haben noch immer verjagt, wenn es darauf ankam, die Verantwortung für ihre durch Lohn- und Sozialpolitik geschaffene Lage in aller Deffent- lichkeit mitzübernehmen?“ Derjelbe Geist spricht aus einem von der Arbeitgeberseite stammenden Artikel der Kölnischen Zeitung (Nr. 27 vom 14. 1. 1931), in dem den Gewerkschaften empfohlen wird, „die aussichtslose Konkurrenz mit der kommunistischen Werbung aufzugeben und sich auf positive produktionspolitische Arbeit und auf einen entsprechend geänderten Mitgliederkreis und Mit- gliedergeist umzustellen.“ Es wirkt doch reichlich eigen- artig, wenn maßgebliche Unternehmerkreise heute auf der einen Seite die Gewerkschaften als „stur“ und „ver- antwortungslos“ bezeichnen, weil sie sich nicht mit jedem 20prozentigen Lohnabbau, der weit über das von der Regierung für notwendig gehaltene Maß hinausgeht, ein- verstanden erklären, und auf der anderen Seite durch Äußerungen, wie sie oben wiedergegeben sind, ihrerseits alles tun, um eine von beiderseitigem guten Willen getragene Gemeinschaftsarbeit zu erschweren. Es läßt sich doch nicht bestreiten, daß die Arbeitnehmerschaft mit be- wunderungswürdiger Disziplin und Ruhe die für sie so außerordentlich schweren Lohnsenkungen auf sich genom- men und dadurch gezeigt hat, daß sie zu Opfern bereit ist. Wenn das Experiment nicht so verzweiflungsvoll wäre, dann könnte es interessant sein, zu beobachten, zu welchem Ergebnis man kommen würde, wenn die Arbeit- geber bei ihren Verhandlungen lediglich mit der kom- munistischen Opposition zu tun haben würden. Anstatt derartigen Kräften, die eine Katastrophopolitik wollen, gemeinsam mit den Gewerkschaften entgegenzuarbeiten, lassen sich jedoch weite Kreise des Unternehmertums immer noch von dem altüberkommenen Haß gegen die Gewerkschaften leiten. Es zeugt wirklich von beachtlicher Selbstüberwindung, wenn die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft trotz derartiger Angriffe immer wieder ihren Willen zur Gemeinschaftsarbeit betont. Sie muß aber verlangen, daß nicht dauernd und immer wieder von einer mangelnden Verantwortungsbereitschaft der Gewerkschaften geredet wird, sondern daß endlich auch einmal die Gegenseite zu der Erkenntnis kommt, daß es — um wiederum mit den Worten des Kanzlers zu reden — „für Not- und Schicksalszeiten eines Volkes sehr wesentlich ist, verantwortungsvolle Gewerkschaften zu haben“.

So macht man untertarifliche Löhne . . .

Wie die Notlage der Bauarbeiter ausgenützt wird, zeigt folgender Fall. Die Firma Kohr u. Lubberich, Linzsch, Krs. Jälich, hat im Jahre 1930 den Maurern an- statt 1,18 RM nur 75 Pf. Stundenlohn gezahlt. Die Firma läßt die arbeitslosen Bauarbeiter zu sich kommen und er- klärt, wir können einen Auftrag bekommen, wenn ihr für 75 Pf. Stundenlohn arbeitet. Notgedrungen haben dann einzelne Leute die Arbeit aufgenommen. Eines unserer Mitglieder hat Ende 1930 auch 13 Wochen bei dieser noblen Firma gearbeitet und in dieser Zeit 224,10 RM zu wenig an Stundenlohn erhalten. Am 11. März stand die Nachzahlungsforderung des Kollegen, vertreten durch den Kollegen Hammerich, am Arbeitsgericht in Aachen zur Verhandlung. Interessant war, bei der Verhandlung fest- zustellen, daß der Syndikus des Aachener Handwerks, Dr. Offergeld, die Vertre- tung der unorganisierten Firma über- nommen hatte, aber vergebens nachzuweisen versuchte, daß hier eine freiwillige Bezahleistung vorliege. Das Gericht verurteilte die Firma antragsgemäß, dem Kolle- gen 224,10 RM nachzahlen. Ein Fall, wo einer von vielen vor Schaden geschützt wurde; ein Fall aber auch, wo man mit der Behauptung des freiwilligen untertarif- lichen Arbeitens die Diffamierung des Tariflohnes nicht betreiben kann.

Arbeitslos gemeldet waren in den einzelnen Bezirken in Prozenten der Mitgliederzahl:

1. Berlin	77,96	7. Köln	74,94
2. Bochum	77,25	8. Königsberg	96,—
3. Breslau	89,19	9. München	90,15
4. Frankfurt	85,—	11. Paderborn	89,—
5. Hannover	84,64	10. Münster	86,22
6. Karlsruhe	78,96		

Sogenanntes Winterwetter, das die Arbeitsmöglichkeit wesentlich behindert hätte, war nur in einigen Gegenden und hier teilweise vorübergehend vorhanden.

Wirtschaftliche und soziale Bilanz der Bauarbeiter im Rheinland

Das Jahr 1930 hat sich auch für die rheinische Bau- arbeiterchaft außerordentlich ungünstig ausgewirkt. Die angestellten Erhebungen über Arbeitsmöglichkeiten, Arbeitslosigkeit und Einkommen gewähren nach den bis- her vorliegenden Teilergebnissen einen tiefen Einblick in die durch die schlechte Wirtschaftslage entstandenen sozialen Nöte.

Ueber Arbeitsmöglichkeit, Krankheit und Arbeitslosigkeit der Hauptberufe im Jahre 1930 gibt nachstehender Auszug aus der Gesamtaufstellung einen Ueberblick.

Beruf	Anzahl der er- lagten Real	an- geb. Bau- arbeiter	andere Berufs- arbeiter	krank- heit wochen	Arbeits- losen wochen
Bauh. arbeiter	1392	24,05	1,03	1,98	21,94
Maurer	751	20,97	2,51	1,80	26,72
Sten- danten	124	20,6	0,70	2,20	28,50
Sten- danten	172	26,48	0,37	1,74	23,41
Summa bzw. Durchschnitt	2439	23,—	1,1	2,1	25,8—32

Durchschnittlich waren also im Baugewerbe und anderen Berufen noch 24,1 Wochen Arbeitsmöglichkeit ge- geben. Das Bild wird jedoch für einen Teil der Kollegen noch ungünstiger, wenn man berücksichtigt, daß ca. fünf Prozent der Mitglieder das Glück hatten, nicht arbeitslos zu sein. Ueber 30 Prozent der Befragten waren länger als 28 Wochen außer Arbeit.

Die Arbeitslosigkeit und der damit verbundene Lohn- ansfall wirken sich naturgemäß auf das Einkommen ge- waltig aus. Die Deffentlichkeit, die seither bedenkenlos

Arbeitslosenfeststellung im Ver- band für Februar 1931

Die Arbeitslosenberichte vom Monat Februar aus den einzelnen Verbandsbezirken ergeben, daß die bau- gewerbliche Wirtschaftslage gegenüber dem Vormonat noch eine kleine Verschlechterung erfahren hat. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom Januar mit 80,43 Prozent weiß der Februar die Zahl der Beschäftigungslosen mit 82,72 Prozent aus. Das bedeutet eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl um 2,24 Prozent. Die Vergleichszahl vom Februar 1930 ist 71,52 Prozent, der diesjährige Arbeitslosenstand übersteigt somit den vorjährigen um 11,20 Prozent. Die weitere Verschlechterung der Beschäf- tigungslage erfolgt jetzt sechs Bezirke. Den ungünstigsten Stand hat der Bezirk Königsberg, ihm folgt München, dann Breslau und Paderborn.

Das Märchen von den hohen Löhnen im Baugewerbe glaubte, möge sich an Hand der folgenden Aufstellung ein Bild machen von den tatsächlichen Jahreseinkommen der Bauarbeiter. Es ist dabei noch besonders zu berücksichtigen, daß nur Einkommen von Mitgliedern aus tariflich erfaßten Gebieten angegeben sind.

Beruf	Anzahl der erfaßten Mitgl.	Durchschnittseink. aus baugewerblicher Arb. RM	aus anderen Berufen RM	Seiam einkommen aus Arbeit RM
Maurer	1392	1334,84	40,76	1375,60
Hilfsarbeiter	751	999,35	82,34	1081,69
Zimmerer	124	1277,97	20,44	1298,41
Stuckatüre	172	1691,46	17,14	1708,60
Summa bzw. Durchschnitt	2439	1325,90	40,17	1366,07

Rechnet man das Durchschnittseinkommen aus Arbeit von 1366,07 RM auf 52 Wochen um, so ergibt sich ein Durchschnittswochenlohn von 26,27 RM. Nun kann man entgegenhalten, die Bauarbeiter bekommen aber auch Arbeitslosen- oder Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung. Das ist richtig. Im Durchschnitt bezogen die angeführten Arbeiter an solchen Unterstützungen im Jahresdurchschnitt auf die Woche umgerechnet 7,28 RM.

Berücksichtigt man nun noch, daß von den angegebenen 2439 Leuten 1785 verheiratet sind und 3613 Kinder haben, die auch noch von dem Einkommen unterhalten werden müssen, so bekommt man erst ein Gesamtbild von dem färglichen Los der Bauarbeiter. Andererseits zeigt dieses Bild, wie verkehrt es ist, das Einkommen nur nach der Stundensumme zu veranschlagen, ohne das tatsächliche Einkommen zu erforschen.

Wirtschaftskrise — Unternehmermoral — Lehren

Die Wirtschaftskrise hat neben sonstigen Begleiterscheinungen die betrübliche Auswirkung, daß oft der Versuch unternommen wird, die Arbeiterkraft um ihre Rechte zu bringen, selbst wenn dieselben verbrieft sind. Dieses spiegelt sich in unserer Rechtschukstatistik klar wider. Waren im Jahre 1928 in der Verwaltungsstelle Arnberg 67 Streitfälle zu erledigen mit einem Barerfolg von 2573,44 M., und 1929 111 Fälle mit 6956,47 M. Barerfolg, so stiegen diese Ziffern im Krisenjahr 1930 ganz gewaltig. In dem abgeschlossenen Jahre wurden 348 Streitfälle erledigt, wovon 278 mit vollem Erfolg endeten, 39 führten zu teilweisem Erfolg, während 31 ohne Erfolg verliefen. Der Gesamterfolg betrug 11 702,90 M.

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Im Jahre 1928, welches für unsere Verwaltungsstelle ein Normaljahr war, ist die Rechtschukstätigkeit gering, im Jahre 1929, wo die Wirtschaftskrise bereits sich bemerkbar machte, steigt sie schon ziemlich stark, während im Jahre 1930 die Zahl der Streitfälle wie auch der Barerfolg um das Fünffache höher ist als im Normaljahr 1928. Diese Zahlen zeigen aber nicht nur, wie die Rechtsbeugungen in Zeiten schlechter Konjunktur zunehmen, sondern sie beweisen auch, wie notwendig die gewerkschaftlichen Organisationen sind. Wären die Gewerkschaften als Hüterinnen der Arbeiterrechte nicht vorhanden, dann wäre die Summe von 11 702,90 M. wahrscheinlich verloren gewesen. So aber konnte diese hohe Summe für unsere Kollegen und ihre Familien erstritten werden. In unseren Statistiken können wir nur die Fälle erfassen in die unsere Kollegen verwickelt sind. Wenn aber bei den organisierten Kollegen schon so viele Streitfälle zu verzeichnen waren, wo im allgemeinen die Unternehmer und sonstigen Stellen vorsichtig sind, so gibt es eine Unsumme von Rechtsbeugungen, denen die Unorganisierten ohne jeden Rückhalt ausgesetzt sind und die in den seltensten Fällen in einem Rechtsverfahren ausgetragen werden. Millionen von Beträgen gehen so dem Arbeiterstande als Gesamtheit verloren, und warum? Weil es immer noch Arbeiter gibt, die aus Interesslosigkeit oder falscher Sparsamkeit unorganisiert herumlaufen. Unsere Aufgabe muß es sein, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die gesamte Arbeiterkraft reiflos organisiert wird, um so alle vorenthaltenen Gelder dem Arbeiterstande erkämpfen zu können. Die Mahnung, stets für den Verband zu werben, kann daher nicht eindringlich genug erheben werden, auch in der Zeit der Wirtschaftskrise, denn gerade in Zeiten wirtschaftlicher Depression sind die Rechte der Arbeiterkraft am meisten gefährdet, und haben wir deshalb doppelt die Organisation notwendig. H. K o l b e r s.

Allgemeine Rundschau

Die kirchliche Bedeutung der Christlichen Gewerkschaften

Die Berliner Stadtmision hat im vergangenen Jahre in den neuen Siedlungen um Berlin gearbeitet, um die Möglichkeiten für kirchliche Arbeit festzustellen. Pfarrer D. Philips berichtet darüber in der letzten Nummer der „Reformation“.

Die Erfahrungen, die dabei gemacht sind, entsprechen ganz der Art der einzelnen Siedlungen. Wir haben in Groß-Berlin zum Beispiel solche, die die Post und Eisenbahn erreicht haben. Hier landen wir viele of-

Am 21. März 1931 ist der zwölfte Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

jene Türen. Ähnlich war es dort, wo die Christlichen Gewerkschaften und andere Verbände, die ihnen nahe stehen, die Bauherren waren. In den Siedlungen der Freien Gewerkschaften war fast gar kein Eingang zu finden. Nicht selten wurden die Blätterverteiler abgewiesen, ja gar bedroht.

Jüngere, aus denen man lernen soll, in der kirchlichen Arbeit sich freundlich zu den Christlichen Gewerkschaften zu stellen.

Das Heilverfahren in der Invalidenversicherung

Ueber das Heilverfahren in der Invalidenversicherung in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1930 liegen nunmehr die endgültigen Zahlen vor. Im abgelaufenen Jahre wurden 673 760 Anträge auf Heilverfahren gestellt. Dies bedeutet eine Steigerung von 36 942 gegenüber dem Vorjahre. Fast die Hälfte der Anträge lautet auf nichtständige Heilverfahren. Alle Arten der Heilverfahren, mit Ausnahme der Lungenheilverfahren, sind an der Steigerung beteiligt. Die Zahl der Lungenheilverfahren ist um 4000 zurückgegangen. In der Berichtszeit wurden insgesamt 240 384 Heilverfahrenempfänger in die Heilstätten eingewiesen. Davon kamen etwas über 82 000 in die Heilstätten für Tuberkulose, während die anderen 157 000 in den sonstigen Anstalten wie Sanatorien, Bäder usw. untergebracht wurden.

Die deutsche Ernte 1930

Wir ernteten 1930 11,6 Millionen Tonnen Brotgetreide, das sind 1 Million Tonnen oder 10 Prozent mehr als das Durchschnittsergebnis der Jahre 1924/29. Bei den übrigen Getreidearten ist die Ernte geringer als in den Vorjahren. Die Hackfrüchtereinte ist überaus reichlich ausgefallen. Das trifft besonders für Kartoffeln zu, von denen 47 Millionen Tonnen geerntet wurden, das sind 7 Millionen Tonnen mehr als im Vorjahre, das schon als das beste Kartoffeljahr der Nachkriegszeit galt. Die ungewöhnlich hohe Kartoffelernte 1930 betrug nur 41 Millionen Tonnen. Ähnlich günstig liegen die Verhältnisse bei den Zuckerrüben die 15 Millionen Tonnen brachten, das sind 38 Millionen Tonnen mehr als im Vorjahre. Runkelrüben ernteten wir 30,4 Millionen Tonnen, das sind 6 Millionen Tonnen mehr als 1929. Bei Erbsen und Speisebohnen ist der Anbau zurückgegangen und dadurch auch der Ernteertrag um 12,3 Prozent bzw. 6,4 Prozent geringer geworden. Dagegen ist die Weizenernte sehr hoch nämlich 27 Prozent mehr als 1929. Die Raps- und Rübenernte blieb infolge weiteren Anbau rückganges um 19,2 Prozent hinter 1929 zurück.

Aus dem Verbandsleben

Johannisthal-Heienort. Unsere am 15. Februar tagende Generalversammlung war recht zahlreich besucht. Kollege W i k l e i n erstattete den Kassensbericht. Aus seinem Bericht war zu ersehen, daß alle Kollegen im verfloßenen Jahre ihre Pflichten getan haben. Dem Kollegen W i k l e i n wurde Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde zum Vorsitzenden H e m p f l i n g W i k l e i n, zum Ortsgruppenkassierer K o l l e g e P r o b i t gewählt. Kollege S c h a r d t-Nürnberg besprach sodann den Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle Nürnberg. Auf die gestellten Wünsche und Anträge gab Kollegen S c h a r d t befriedigende Auskunft. P r o b i t.

Heilsberg. Am 20. Februar hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Der Kassierer B a l t. K a b l a u gab den Kassensbericht vom 4. Quarteljahr 1930; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zum Jahresbericht führte der Vorsitzende aus, daß die gute Konjunktur der letzten Jahre auch im vergangenen Jahre hier angehalten hat. Die ortsanfässigen Kollegen haben alle Arbeit und Verdienstmöglichkeit am Orte gefunden; einige Beschwerden der Lehrlinge wurden durch den Innungsanspruch Bartenstein erledigt. Durch den Kollegen L i e b n i t z wurden einige Kollegen beim Oberversicherungsamt, bei der Landesversicherungsanstalt und vor dem Arbeitsgericht vertreten. Ein Schulungsturnus im März 1930, der Film „Die Leute vom Ban“ und mehrere Vorträge unseres Bezirksleiters erweiterten unser Wissensgebiet. Der Mitgliederbestand hat sich von 149 auf 164 erhöht. Dank allen Kollegen für die treue und rege Mitarbeit. Die bisherige Vorstandschaft, bis auf ein nicht anwesendes Mitglied, wurde wiedergewählt. Kollege L i e b n i t z gab abschließend noch einen Rückblick über das soziale und gewerkschaftliche Jahr 1930.

Südweid. Am 21. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege S e l z e r gab einen Bericht über die Verwaltungstelligengeneralversammlung in Hagen, anschließend erstattete er den Geschäfts- und Kassensbericht. Die durchschnittliche Mitgliederzahl unserer Ortsgruppe betrug 70. Gegenüber dem Vorjahre haben wir 50 Prozent weniger an Einnahmen festzustellen. Die Ausgaben sind noch auf der alten Höhe. Ueber die Lohn- und Tarifverhandlungen berichtet Kollege S o l t e eingehend. Kollege K a r l H i e l e r i c h, der ein Jahre den Posten des 1. Vorsitzenden bekleidete, leitete eine Wiederwahl ab. Daraufhin wurde zum 1. Vorsitzenden Kollege H e r m a n n S e i b e l und zum Hauptkassierer C h r i s t i a n S e l z e r gewählt. Der Aufforderung des Kollegen S o l t e zur weiteren regen Mitarbeit wollen wir nachkommen. G. S t.

Duderstadt. Verwaltungsstelle. Am 22. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Der Schriftführer stellte die Anwesenheit folgender Ortsgruppen fest: K e i s e r r ö d e n, D u d e r s t a d t, L i n g e r o d e, O b e r n e l d, W e i t e r o d e, D e l i n g e r o d e, G e r b l i n g e r o d e, I m m i n a e r o d e, S e u l i n g e r o d e, E s p l i n g e r o d e, E d l i n g e r o d e, T i f f i n g e r o d e und B r e i t e n b e r g. Nicht anwesend waren B r e h m e und B e r g h a u s e n. Der Kassierer Franz S t e i n m e h r D u d e r s t a d t erstattete den Kassensbericht. Die Gesamtzahl der Mitglieder der Verwaltungsstelle Duderstadt beträgt 37 734. Der Geschäftsbericht wurde vom Kollegen W u d e r p f e n n i g erstattet, der vor allem auf die Bedeutung des Sekretariats Duderstadt hinwies. Dasselbe zu erhalten, müsse höchste Aufgabe der hiesigen Verwaltungsstelle sein. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt: 1. Vorsitzender ist also wieder Franz H u c h, 1. Kassierer Franz S t e i n m e h r. Unter Verschiedenes kamen interne Verbandsangelegenheiten zur Sprache. R. Z.

Düffeldorf. Die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle fand am 22. Februar bei gutem Besuch statt. Den Jahresgeschäftsbericht gab der Kollege S a u e r. In anschaulicher Weise führte er uns noch einmal die Geschicke des verfloßenen Jahres vor Augen. Die Bau-tätigkeit lag vollständig darnieder. Trotz größerer Bahnbauarbeiten konnte sie sich nicht erholen, weil die auswärtigen Firmen zum größten Teil Stammantschaften mitbrachten. Eine große Schuld an der schlechten Wirtschaftslage trifft auch die maßgebenden Behörden wegen der schlechten Verteilung der Hauszinssteuer. Nachdem Kollege S a u e r noch über die Mitgliederbewegung in unserer Verwaltungsstelle sowie den Versammlungskalender des vergangenen Jahres gesprochen hatte, verlas der 1. Kassierer, Kollege K i t t e r s, den Jahresfassensbericht. Der Stand der Kasse ist verhältnismäßig gut. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege K e l l e r zum 1. Vorsitzenden, Kollege K i t t e r s zum Kassierer gewählt. Zu begrüßen ist, daß der neue Vorstand ziemlich mit jungen Kollegen durchsetzt ist. Kollege S a u e r gab noch einen kurzen Ueberblick über die Lohnverhandlungen im Baugewerbe. Die Forderungen der Arbeitgeber waren Stoff für eine lebhaft Diskussion. R.

Kirmasens. Am Sonntag, dem 22. Februar, hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung mit Neuwahl ab, wobei der alte Ausschuß auf Drängen der Kollegen wieder annahm. — Der 1. Vorstand erstattete einen ausführlichen Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, daß trotz der Arbeitslosigkeit unsere Ortsgruppe Fortschritte gemacht hat. Die Arbeit des Kassierers wurde als lobenswert anerkannt. Ferner wurde beschlossen, daß wieder jeden 1. Montag im Monat eine Versammlung stattfindet. S.

Südkirchen. Am Sonntag, dem 22. Februar, fand unsere Generalversammlung statt. Aus dem Bericht unserer Ortsgruppe ist zu ersehen, daß wir in der Mitgliederzahl nicht zurückgegangen sind. Die straffe Disziplin hat gelehrt, daß auch bei schlechter Arbeitsgelegenheit ein Mitgliederrückgang nicht einzutreten braucht. Kollege G r a n t, Fortmund, referierte über die Gewerkschaftsarbeit in unserer Verwaltungsstelle im verfloßenen Jahre. Die vielseitige Arbeit in der Verwaltungsstelle wurde von einer guten Gruppe Vertrauensleute getätigt. Die Aussprache ergab Einmütigkeit darüber, daß in aller Weise weitergearbeitet werden muß.

Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wieder gewählt. 1. Vorsitzender ist Anton H o n e r m a n n, 1. Ortsgruppenkassierer Bernhard S c h ä p e r. — An alle Kollegen unserer Ortsgruppe ergeht wiederum die dringende Bitte, die Mitgliederversammlungen stets zu besuchen, damit dadurch die Schulungsarbeit ihren Zweck erreicht.

Offenburg. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 22. Februar statt. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt und erhielt Entlastung. Für seine gute Führung des Kassenswesens wurde ihm herzlich gedankt. Bei der Wahl des Vorstandes wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Kollege S c h ü l e r-Freiburg sprach über die kommenden Lohnverhandlungen und den Preisabbau. Er richtete u. a. den dringenden Appell an die Mitglieder, in den nächsten Wochen alles daranzusetzen, das Heer der Unorganisierten zu verringern. Durch eifrige Zusammenarbeit wollen wir daran arbeiten, unsere Ortsgruppe wieder auf die alte Zahl 100 zu bringen.

Albernau. Am Dienstag, dem 24. Februar, hielt unsere Ortsgruppe in Gegenwart des Kollegen G ü n z e l-Dresden einen gutbesuchten Ausspracheabend ab. Kollege Robert S a u e r leitete diesen Ausspracheabend ein. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten sprach Kollege G ü n z e l über unsere örtlichen Verbandsaufgaben im Bereich der Verwaltungsstelle Aue. Ausgehend von dem Grundgedanken unserer arbeitslosen Gewerkschaftsbewegung schilderte er die Entstehung unseres Verbandes in Sachsen, und gab uns praktische Ratschläge für weitere Arbeit in unserem kleinen Gebiet. Aus der Beteiligung aller Kollegen an der Aussprache war zu entnehmen, daß alle am weiteren Ausbau unseres Verbandes in unserer Gegend mit Begeisterung mitwirken wollen. R. S.

Groß-Köln, Ortsgruppe. Am 25. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege H i l p i t z verwies zum Geschäftsbericht zunächst auf die schlechte Lage des Baumarktes und die allgemeine Wirtschaftskrise. Die schweren Kriegslasten machen sich immer mehr bemerkbar. Der Wohnungsbaumarkt leidet durch die Kürzung der Hauszinssteuerzuschüsse. Die schlechte Wirtschaftslage wirkt sich auch agitatorisch und finanziell ungünstig für den Verband aus. Trotzdem haben wir in Köln noch einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Der Arbeitsnachweis und der Rechtschuk wirken sich günstig aus. Durch Vertretung bei Arbeitsgerichten und den Sozialversicherungseinrichtungen sind über 17 000 M. herausgeholt worden, was schon allein die Notwendigkeit des Verbandes begründet. Die Tariffrage wird uns noch oft zu Beratungen zusammenführen. Kollege S c h o l l berichtete kurz über das Leben in der Ortsgruppe und dankte allen Kollegen für ihre Mitarbeit. Der Versammlungsbefehl müsse besser werden. Kollege P a h n e gab

Bericht von der Kartellgeneralversammlung. Das Kartell Köln hat einen Mitgliederzuwachs von ca. 1000 Kollegen zu verzeichnen; sämtliche Verbände haben eine rege Tätigkeit entfaltet. Besonders wurde auf die Jugendarbeit hingewirkt und zur Mitarbeit aufgefordert. Die Gefahren für die Arbeiterschaft durch die Unterminterarbeit der RSD. und Nazis finden aufmerksame Beobachtung und nötigenfalls entschiedene Abwehr. Die Vorstandswahl ergab die Wahl der Kollegen Jakob Scholl, Gottfried Hahn, Nikolaus Kleusch, Josef Lohbach, Jakob Fuhs und Anton Hauzer. Gute Anregungen seitens des Vorstandes und der Mitglieder wurden noch zum Delegiertenwesen sowie zur Abwehr des Lohnabbaues gegeben.

Dortmund (Joliet). Unsere Generalversammlung fand am 28. Februar bei zufriedenstellendem Besuch statt. Der Bericht über die Konferenz der Berufslogen von Westdeutschland in Essen brachte für die Tagesordnung besonderes Interesse; ferner die von uns entsandten Delegierten ausführlich und klar berichteten. Den Tätigkeitsbericht über das verlossene Jahr gab Kollege Ernst in einem einstündigen Referat. In der Vorstandswahl wurden der erste und zweite Vorsitzende wiedergewählt und die Schriftführer neu gewählt. Die vielen Anregungen in der Diskussion ergaben ein gutes Bild der Gemeinschaftlichkeit und des Interesses am Verbands. G. M.

Kreuznach. Jahresbericht 1930. Durch die Errichtung eines Sekretariates war ein großer Fortschritt für unsere Kollegen erzielt. Unter tatkräftiger Mitarbeit unserer Kollegen gelang es, eine ganze Anzahl Kollegen unserem Verbande neu zuzuführen. Es gelang uns auch in die sozialen Einrichtungen unseres Verbandes hineinzubekommen. Neu erreichten wir einen Erfolg in dem Mietschöffengericht und am Arbeitsgericht. Die Beziehungen zu befreundeten Organisationen werden zu einem Ortsausflug des deutschen Gewerkschaftsbundes führen.

Die **Rechtsschustätigkeit** war eine sehr rege. In den weitaus meisten Fällen gelang es, die Leute mit Erfolg zu vertreten. Die Verurteile der Bauarbeitgeber, die Tariflöhne zu umgehen, waren in unserer Verwaltungsstelle an der Tagesordnung. Sämtliche Tariflohnklagen endeten mit Ausnahme eines Falles mit vollem Erfolg. In zwei Fällen konnten wir auch am Landesarbeitsgericht unseren Prozess mit vollem Erfolg zu Ende führen. Insgesamt wurden 103 Schriftsätze angefertigt, 72 Rechtsansprüche erteilt und 39 Termine am Arbeitsamt, Versicherungsamt und Oberverfügungsamt, und 11 Termine an Arbeitsgerichten wahrgenommen. Für unsere Kollegen wurde auf Grund der gemeldeten Ergebnisse insgesamt die Summe von 3140 RM erstritten. Der Erfolg wäre bedeutend höher, wenn alle Kollegen jeweils den Erfolg meldebten.

Delde. Am 1. März hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende gab den Jahresbericht über die Gewerkschaftsarbeit im Jahre 1930. Sodann erörterte der Kassierer den Kassenbericht. Die Kassenverhältnisse sind trotz der schlechten Wirtschaftslage zufriedenstellend. In der Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender Kollege Karl Knipping und als Kassierer Kollege Gerh. Wiemer wiedergewählt. Anschließend sprach unser Bezirksleiter, Kollege Berner, über die Wirtschaft- und sozialpolitische Lage, insbesondere auch über die Neuregelung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung. Die anschließende Ansprache war Beweis, daß man den Ausführungen des Referenten mit Aufmerksamkeit gefolgt war. Auf seine 25jährige Zugehörigkeit zum Verband konnte der Kollege Karl Knipping zurückblicken. Bezirksleiter Berner überreichte ihm im Auftrage des Hauptvorstandes die unter Glas gehaltene Ehrenurkunde nebst Silbernadel. Der Jubilar, hocherfreut über diese Ehrung, dankte recht herzlich und betonte, dem Verbande auch weiterhin die Treue zu bewahren.

Kreda. Am 1. März hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab, verbunden mit einer schlichten Feier des 25jährigen Bestehens des Verbandes am Orte. Die Kollegen waren demnach vollzählig erschienen. Kollege H. Stammhölzer gab den Kassenbericht. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege J. Döhms, als 1. Kassierer H. Stammhölzer, als 1. Schriftf. J. Stolle einstimmig wiedergewählt. Bezirksleiter Berner hielt dann einen Vortrag über die Arbeitslosigkeit und deren Folgen. Er legte die satzigen verschiedenen Vorkämpfer und hob die Arbeitslosigkeit des deutschen Arbeiters hervor. Die Reichstagsverhandlungen sind ein harter Anreizungsantrieb für gleichgültige Betriebskollegen. Einzige Gewerkschaftsarbeit ist die keine Antwort auf die Unternehmerforderungen. — Kollege Berner überreichte dann die vom Hauptvorstande gestiftete Ehrenurkunde und die Silbernadel an den einjährigen noch lebenden Mitbegründer der Zahlstelle, Kollege Jean Kubat. Seitens der Kollegen präsentierten der 1. Vorsitzende Döhms dem Jubilar als Ehrung eine Gasse. Kollege Kubat schilderte noch den Werdegang unserer Verbandsgruppe. Wir wünschen auch für künftig gleich guten Versammlungsbefuch.

Marsa. Am 1. März fand unsere Generalversammlung statt. Als Referent erschien Kollege Schilling aus München. Der Tätigkeitsbericht wurde vom Kollegen Reichert abgelesen und es wurde ihm Entlastung erteilt. Die Neuwahl der Vorstandskandidat war durch einstimmige Wiederwahl der jetzigen Leitung rasch erledigt. Ueber Wirtschaftsprüfung, Interessent und leicht verständlich Kollege Schilling. Redner ermahnte zu festem Zusammenhalten in dieser schweren Zeit. Eine rege Ansprache auf dem Gebiet der Sozialversicherung beschloß die Versammlung.

Gerzow. Am 1. März fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der 1. Vorsitzende, Kollege Schaff, gab den Tätigkeitsbericht über die Aufgaben des verlossenen Jahres. Angewiesen ist die Anteilnahme der Gemeindeverwaltung an der Not der hiesigen Bauarbeiter. Durch großzügige Arbeitsbeschaffung (Neu-

bau von Straßen usw.) wurde es einem großen Teil möglich, wenigstens eine Reihe von Wochen zu arbeiten, was ohne die soziale Einstellung der Gemeindeverwaltung nicht möglich gewesen wäre. Der 1. Kassierer, Kollege Julius Semar, gab den Kassenbericht. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl wurden Kollege Schaff als 1. Vorsitzender, Kollege Mayer als Schriftführer und Kollege Julius Semar als Kassierer wiedergewählt. Mit dem Appell: „Trotz aller politischen Stürme dem Verband die Treue zu halten,“ fand die gutbesuchte Versammlung ihren Abschluß.

Vielefeld. Am 3. März hielt unsere Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Kollege Fust erstattete hierzu den Jahres- und Kassenbericht, der ein zeitbedingtes Bild bot. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege H. Fischer, zum 1. Kassierer Kollege H. Fust wiedergewählt. Hiernach hielt Kollege Dammeyer einen Vortrag über die gegenwärtigen Wirtschaft- und Lohnverhältnisse. Er schloß mit der Aufforderung, treu zum Verbands und geschlossen hinter unseren Führern zu stehen.

Siegen, Jahresbericht 1930. Da die Mehrzahl unserer Mitglieder auf dem Lande wohnt, wirkt sich die Arbeitslosigkeit durch die Absperrungsmagnahmen der Städte bei uns doppelt schwer aus. Im Jahresdurchschnitt betrug die Arbeitslosigkeit 65 Prozent; über 30 Prozent der Kollegen hatten überhaupt kein Arbeitseinkommen. Im Amt Kirchhunden war die Bautätigkeit sehr gut; die Unorganisierten arbeiteten unter Tarif, sparten den Verbandsbeitrag und schenkten berechtigten Lohn den Unternehmern. Trotz der Krise und arbeitgeberseitigen Verjüngung wurde der Stundenlohn gehalten. In einem Ort wurde bei reiflos ausgebaute Organisation sogar über Tarif gezahlt. Ein Beweis, daß Tariflohn und Arbeitslosigkeit nicht im Zusammenhang zu stehen brauchen und daß Organisiertsein immer der beste Schutz gegen Ueberverteilung ist.

Zur Milderung der Not unserer Kollegen auf dem Westerwald und im Wittgensteiner Land wurde in zwei großen Kundgebungen unter Beisein von Behördenvertretern Notstandsarbeiten und humane Anwendung der Krise- und Wohlfahrtsfürsorgebestimmungen gefordert. Wir können konstatieren, daß durch unser Vorgehen doch eine bestimmte Ausweitung von Arbeitsaufträgen, insbesondere aus dem nachsommerlichen Notprogramm, erreicht wurde. Ergänzend für Arbeitsbeschaffung wirkte unser Arbeitsnachweis.

Der **Rechtsschutz** wird durch 762 mündliche Auskünfte, 494 Schriftsätze, 122 Termine an Arbeits- und Zivilgerichten, Spruchauspruch und Oberverfügungsamt illustriert. 280 Sachen endeten mit vollem, 85 mit teilweisem und nur 15 ohne Erfolg. Die erzielten Barbeiträge — soweit sie gemeldet wurden — betragen sich auf 4410 RM. Nachzahlungen aus Erwerbslosen- und Rentenangelegenheiten konnten an sich nicht zahlenmäßig erfasst werden.

In 126 Versammlungen wurden von Angestellten aufklärende Vorträge gehalten. Ein Wochenendkursus in Siegen für Vertrauensleute war von 34 Kollegen besucht. Sanftmessenkontrollen und Bautenagitation wurden an 120 Tagen abgehalten.

Das **Durchschnittsalter** der Kollegen ist 29,8 Jahre, der Durchschnitt der Gewerkschaftsmitgliedschaft beträgt 22 Jahre. So erfreulich das letztere ist, so zeigt sich aus letzterer Zahl, daß die Fluktuation noch immer nicht überwunden ist.

Vorsitzend. Am 4. März hatten wir Versammlung. Die erschienenen Kollegen fast alle im Alter von 16 bis 27 Jahren, früher Geist! Inmitten dieser jungen hoffnungsvollen Gesichter zwei alte treue Kämpfer. Außer dem Kassierer, Kollegen August Schneider, ist der Vorstand zusammengejetzt aus jüngeren Kollegen. Eine überraschende Wendung: was war geschehen? In der Generalversammlung am 4. Februar wurden die jungen Kollegen, angeleitet durch das Beispiel der Alten, mit der Führung der Ortsgruppe betraut. Sie erhielten das Versprechen tatkräftigster Unterstützung. Der 1. Vorsitzende, Kollege Knöch, im Alter von 23 Jahren, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Kollegen fast reiflos seinem Rufe gefolgt waren. Hierauf Referat des Kollegen Leibach. Dasselbe fand Anklang. Es ließ eine lebhaftige Ansprache ein, deren Verlauf den Beweis erbrachte, daß die jungen Bauarbeiter Dorffelds den Ernst der Lage würdigen und sie bereit sind, die ihnen übertragenen Aufgaben nach bestem Können zu erfüllen. Die nächste Versammlung muß wieder vollzählig besucht sein. Die bewährte Mitarbeit der älteren Kollegen wollen wir nicht entbehren. Von allen Kollegen erwarten wir Unterstützung unseres jungen Vorsitzenden, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, die Ortsgruppe über die angeblichige Not einer besseren Zeit entgegenzuführen. Versammlung jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr, im Bürgerhaus.

Hannover (Verwaltungsstelle). Unsere am 5. März stattgefundene Generalversammlung hatte einen guten Besuch. Man sah erfreulicherweise auch Kollegen, die sonst das ganze Jahr durch Abwesenheit glänzen. Eingangsgedächte der Vorsitzende Köhler der verstorbenen 4 Kollegen. Sodann ließ die Mantelgruppe der Jugendabteilung ihre Kunst hören. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Beschäftigung war im verlossenen Jahre weniger günstig, wenn auch insgesamt 2481 Wohnungen (3569 im Vorjahr) erstellt wurden. Die Arbeitslosigkeit betrug in der Stadt im Januar und folgenden Monaten 44, 60, 30, 11, 14, 17, 21, 18, 28, 34, 70 Prozent, gleich durchschnittlich 30,6 Prozent. Im Bezirk mit dem Wandergewerkschaft war die Arbeitslosigkeit durchschnittlich 55 Prozent. Die Ansichten für das kommende Jahr sind sehr schlecht, da nach dem vorliegenden Sanzprogramm insgesamt nur 1600 Wohnungen erstellt werden können, die als Kleinwohnungen nicht allzuviel Beschäftigungsmöglichkeit enthalten. Größere Arbeiten sind weniger in Aussicht; angeblichlich wird die Akademie in Angriff genommen. Bei der Finanznot der Stadt, die mit über 10 Millionen Defizit abschließt, wird die Finanzierung der Bauarbeiten sehr in Frage gestellt.

Aufgenommen wurden 87 und übergetreten sind 16 Kollegen. Die Einnahmen betragen rund 49 000 RM. gegen 70 000 RM. im Vorjahre. Beitragsmarken entfielen auf das Mitglied 75,5, Fremtarbeit 15,3. In Unterstellungen wurden gezahlt 14 338 RM., und zwar an Kranke 2391 RM., an Arbeitslose 6822 RM., für Streik 1236 RM., für Sterbefälle 1565 RM. und an Invalide 2322 RM. Aus lokalen Mitteln wurden 2173 RM. für Notfälle verausgabt. Auf sozialem Gebiete wurden 25 Klagen durchgeführt und 887 RM. erstritten. Der gesamte Vorstand und die Kommissionen wurden einstimmig wiedergewählt.

Scharf wurde das Vorgehen der Arbeitgeber verurteilt, die in der Lohnfrage eine Lohnreduzierung von 20 und mehr Prozent verlangen und damit bekunden, daß sie die gegenwärtige Wirtschaftslage ausnützen wollen. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, die 40stündige Arbeitswoche und Lohnausgleich zu fordern, damit die Arbeitslosen eingestellt werden können. Mit dem Ergebnis, auch weiterhin die Organisation zu festigen, die als Hort in der Krisenzeit doppelt notwendig ist, und mit Viedervorträgen und Musikstunden fand die Generalversammlung ihren Abschluß.

Sterbetafel

Am 17. Februar 1931 verstarb unser Kollege, der Bauarbeiter Johann Arndt, im Alter von 52 Jahren, an einem schweren Halsleiden.

Am 8. März 1931 verstarb unser Kollege, der Zimmerer Felix Maslonski, im Alter von 42 Jahren, an einem schweren Lungenleiden, das er sich im Kriege zugezogen hatte.

Die Verwaltungsstelle Schneidemühl verliert in beiden Kollegen tüchtige und freibare Mitglieder, die jederzeit bereit waren, für die Interessen der Bauarbeiter einzutreten.

Verwaltungsstelle Schneidemühl.

Am 9. März starb unser treuer Kollege Anton Wiegand im Alter von 63 Jahren an Lungenentzündung. Der Verstorbene war mehrere Jahre Kassierer unserer Verwaltungsstelle und gehörte dem Verband seit 1904 an.

Verwaltungsstelle Leitzungen.

25. Februar 1931 verstarb infolge eines Unfalles lieber Kollege Isidor Heil.

Ortsgruppe Magdas.

Am 7. März starb unser langjähriger 2. Vorsitzender, der Kollege Valentin Juhmann, im Alter von 70 Jahren. Derselbe war 28 Jahre Mitglied unseres Verbandes und stets ein eifriger Kämpfer für unsere Sache.

Verwaltungsstelle Deutsch-Kasselwig.

Am 8. Februar verschied nach kurzem, schwerem Leiden nach einer Blinddarmerkrankung unser treues Mitglied, der Kollege Erhardt Pfeiffer, im blühenden Alter von 19 Jahren.

Ortsgruppe Sulzfeld a. Main.

Ehre ihrem Andenken!

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!

Stärke 25 x 60 und 25 x 55 mm						
100	90	80	75	70	60	50 cm
3.25	3.05	2.85	2.75	2.65	2.45	2.25
Extra-Qualität:						
4.-	3.80	3.60	3.45	3.35	3.15	2.90

Einstufige Werkzeuge, Vorkauf, das Beste auf dem Markt. It. Katalog sofort lieferbar. Verz. geg. Nachn. Von 10 RM. an portofrei. Jede 12te Wasserwaage wird gratis geliefert. **Werkmeister & Co., Vielefeld, Ziegelstraße.**

Radikaler Preisabbau!

In 3 Tagen **Nichtraucher**

Ankunft-Kostenlos! Sanitäts-Depot. Halle a. S. 16 U.

Wepa
Fabrik f. Arbeitsnütze
einheitlicher Bauweise
Spez. Blase-Maschinen- sowie Messer- und Manchester-Anzüge
Wilhelm Pahr, Berlin N 31, Brunnenstraße 75

Berufs- u. Sportbekleidung

Werkzeuge, Teakholz-Wasserwaagen, Teak, Schlauphüte, Isaländer, Orig. Berliner Stukaturanzüge. Preisliste gratis. Mechanische Kleiderfabrik.

Versandhaus Fritz Ulrich
Altona-Elbe 19 Oststr. 68-69